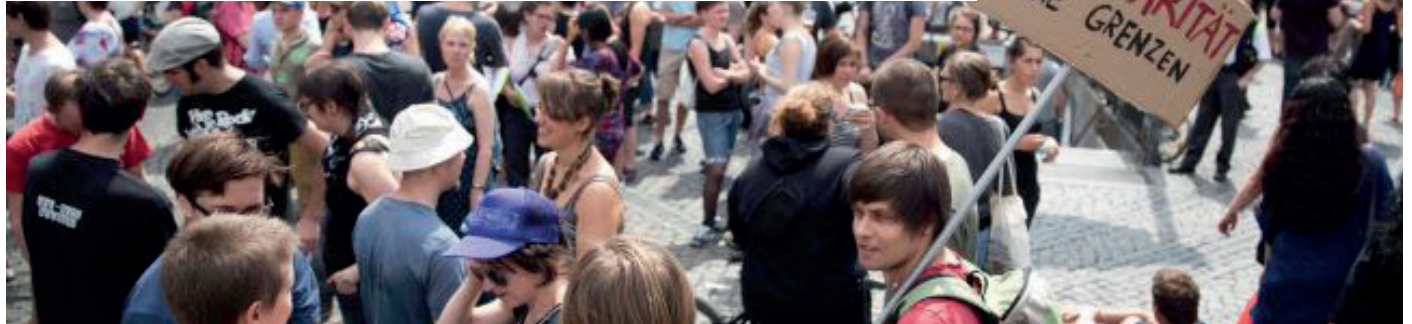


Mietenwahnsinn, Corona & Krise: Menschen statt Profite!

Die sozialistische Antwort im Reuterkiez



Für den Karstadt-Besitzer René Benko oder den Immobilienmilliardär und Chef von Heimstaden Ivar Tollefsen ist unser Kiez attraktiv: Der eine will aus Karstadt eine Nobel-Mall machen und der andere hofft bei den Nordneuköllner Wohnhäusern auf attraktive Anlagemöglichkeiten. Ihnen geht es um den Profit. Geschäfte und Mieter*innen, die diese Aufwertung nicht mitmachen wollen, können aus ihrer Sicht wegziehen. Für uns ist es genau andersherum.

DIE LINKE Reuterkiez unterstützt Mieter*innen, die sich gegen Mietsteigerungen und Verkäufe wehren und protestiert gegen den Abriss von Karstadt. Unserer Meinung nach muss demokratisch im Stadtteil und in der Stadt entschieden werden, wie der Kiez und Arbeitsplätze erhalten und ggf. Gebäude wie Karstadt neu genutzt werden können, wenn das alte Kaufhauskonzept nichts mehr taugen sollte.

Immobilienkonzerne enteignen

Nord-Neukölln hat mit 146% in 10 Jahren die höchsten Mietsteigerungen in ganz Berlin erlebt. Damit muss Schluss sein. Milieuschutz und Mietendeckel wurden erkämpft, aber haben Mietsteigerungen und Spekulation nur etwas beschränkt - in der Regel jedoch nicht ausreichend. Der Mietendeckel droht jedoch vom Verfassungsgericht

gekippt zu werden und läuft zudem in 4 Jahren aus.

Deshalb sprechen wir uns aus für die Enteignung von Immobilienkonzernen und für ihre Überführung in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Mieter*innen und der Stadt. Wohnraum darf keine Ware mehr sein. Neubau muss zu günstigen Mieten ausreichend aus öffentlicher Hand kommen. Wir unterstützen den Volksentscheid "Deutsche Wohnen & Co enteignen", sammeln Unterschriften und rufen dazu auf, den Volksentscheid am 26. September an der Wahlurne zu unterstützen und darüber hinaus aktiv zu werden.

Die Freund*innen der Immobilienkonzerne werden Himmel und Hölle in Bewegung setzen, sowohl einen Erfolg bei der Abstimmung als auch eine mögliche Umsetzung zu verhindern. Sie wissen, dass ein zukünftiger Senat allein durch den Volksentscheid noch nicht zur Enteignung verpflichtet wird. Nur durch maximalen Druck, weitere Proteste und Selbstorganisation in den Stadtteilen verbunden mit einer starken politischen Stimme ist das durchzusetzen. Darum kämpfen wir.

Corona-Krise

Die Lockdowns der Corona-Krise haben schmerzlich vor Augen

geführt, wie wichtig die eigenen vier Wände sind und wie eng sie sein können. Während in Kurzarbeit die Löhne gesenkt wurden, blieben die Mieten hoch. Und das dicke Ende könnte in Form einer Entlassungs- und Pleitewelle noch kommen. Denn das kapitalistische System steckte schon im Anfang einer Krise, die durch Corona nur vorgezogen und verschärft wurde. Zusätzlich werden die Regierungen nach der Wahl die Rechnung für die Rettungspakete denjenigen präsentieren, die nicht viel vom letzten "Aufschwung" mitbekommen haben: den abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen.

Wir fordern stattdessen eine Vermögensabgabe und eine dauerhafte Besteuerung der Reichen, um die Kosten der Krise aufzufangen und massiv in Gesundheit und Soziales zu investieren. Alle Unternehmen, die Massenentlassungen durchführen, müssen in öffentliches Eigentum überführt und der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten unterstellt werden. Gerade

DIE LINKE

Basisorganisation Reuterkiez

www.die-linke-neukoelln.de

facebook.com/DIELINKEReuterkiez

die Gewerkschaften sind gefordert, jetzt gegen den drohenden Arbeitsplatzabbau in die Offensive zu gehen und ggf. Streiks zu organisieren.

Für eine oppositionelle Linke

Die Politik der Bundesregierung ist für die Banken und Konzerne gemacht, wovon sich auch der Berliner Senat nicht fundamental abgehoben hat. Negativ

den TVÖD versprochen wurde, arbeiten immer noch zu Niedriglöhnen.

Die prokapitalistischen Parteien SPD und Grüne vertreten die Interessen der Banken und Konzerne. Beide haben beispielsweise die Immobilienlobby als Sponsoren auf ihren Parteitagen. Statt ihnen einen linken Anstrich zu geben, muss die DIE LINKE sich konsequent gegen sie und ihre neoliberale Politik stellen. Wenn DIE LINKE die Regierung

gibt, konnten rechte Parteien, wie die AfD wachsen und rechter Terror an Unterstützung und Aggressivität gewinnen. Die neuköllner Anschlagsserie von Nazis ist immer noch nicht aufgeklärt. Polizei und Verfassungsschutz scheinen sich nicht zu bemühen, stattdessen werden Verbindungen der Nazis in den Staatsapparat bekannt.

Wir schlagen Rassismus und rechten Terror zurück. Mit gemeinsamen Kämpfen für soziale Verbesserungen und einer entschlossenen Antwort von links auf die Probleme unserer Zeit können die Rechten entlarvt und zurückgeschlagen werden.

Unser Ziel ist nicht nur weitere Verschlechterungen durch Widerstand zu verhindern, nicht nur für konkrete Verbesserungen im Hier und Jetzt zu kämpfen. Unser Ziel ist es, grundlegend die Verhältnisse zu ändern und einen Beitrag dazu zu leisten, den Kapitalismus zu überwinden und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen. Damit meinen wir eine Gesellschaft in der anders als in der DDR wirklich demokratisch von unten über den Reichtum der Gesellschaft entschieden wird und auf allen Ebenen diskutiert und geplant wird, wie man ihn für den Nutzen von Mensch und Umwelt sinnvoll geplant einsetzen kann.

Wir kämpfen für:

- Enteignung der Immobilienkonzerne und Überführung in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung
- Für eine drastische und langfristige Reduzierung der Mieten auf die realen Bau-, Bewirtschaftungs und Instandhaltungskosten
- Demokratische Stadtplanung durch Bewohner*innen und Gewerkschaften - Nein zum Karstadt-Neubau!
- Erhalt aller Arbeitsplätze und volle Lohnfortzahlung für alle von Pandemiemaßnahmen betroffenen
- Massive Investition in Gesundheit und Soziales finanziert durch eine Abgabe für alle Milliardäre und Multimillionäre
- Nein zu Rassismus und Sexismus: Für den gemeinsamen Kampf für soziale Verbesserungen durch Linke und Gewerkschaften - Bleibe-recht für alle.
- Unabhängige Untersuchung des rechten Terrors und der Verwicklung mit dem Staatsapparat
- Für die Überführung der 200 größten Banken und Konzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Für sozialistische Demokratie weltweit.

bilanzieren wir, dass unter Rot-Rot-Grün in Berlin der Betrieb der S-Bahn an Private ausgeschrieben wird und der integrierte Betrieb womöglich zerschlagen wird. Ebenfalls negativ bilanzieren wir, dass im Gegenzug zum kurzfristigen Erhalt einiger Karstadt-Filialen ein Deal mit dem Immobilienkonzern Signa geschlossen wurde, unter anderem zur Durchsetzung des Umbaus des Hermannplatzes in Berlin-Neukölln. Auch die Räumung der Neuköllner Kiezknipe Syndikat im Interesse des Immobilienkonzerns Pearls Global widerspricht diametral unserer Politik, die auf eine Vergesellschaftung der großen Immobilienkonzerne drängt, anstatt ihnen den Weg frei zu machen. Beschäftigte in Tochterunternehmen wie der Charité Facility Management (CFM), denen im Koalitionsvertrag die Angleichung an

stellt, muss sie konsequent Politik für die Mehrheit der Bevölkerung der Stadt machen. Bis das wirklich möglich ist, sollte ihr Platz auf der Straße sein, an der Seite von Bewegungen und Streiks. Und das nicht nur in Worten, sondern in Taten, indem sie Proteste mitorganisiert und eine grundlegende Alternative zu den herrschenden Zuständen propagiert.

Rechten Terror bekämpfen

Wirtschaftliche und militärische Konflikte, Klimazerstörung, Corona-Krise, wachsende Armut und Ungleichheit: Die Welt ist rauer geworden. Die Gesellschaft polarisiert und auch auf dem Nährboden des staatlichen Rassismus wachsen rechte Kräfte an. Aber auch weil es von links keine klare Antwort

Organisiere auch du dich deshalb bei uns. Informiere dich über unser Programm, gib uns deine Emailadresse oder abonniere unsere Kanäle. Komm zu unseren Treffen, bring dich ein und werde Mitglied.

Kontakt & Informationen:

linke.reuterkiez@gmail.com

facebook.com/DIELINKEReuterkiez

www.die-linke-neukoelln.de

Wir treffen uns jeden zweiten Montag und unsere Treffen sind für alle offen. Aufgrund der Pandemie finden die Treffen teilweise an größeren Orten oder online statt. Bitte aktuelle Orte und Einwahldaten erfragen.